

Haushaltsrede der SPD-Fraktion 22.03.2022

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bochinger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

mit meiner Haushaltsrede kann ich nicht beginnen ohne anzumerken, dass unsere Probleme im Vergleich zu denjenigen, die die Menschen in der Ukraine derzeit haben, eher gering sind.

Trotzdem: Es ist es in diesen Zeiten Aufgabe des Gemeinderates, sich mit der Haushaltsituation der Gemeinde kritisch auseinanderzusetzen und – der Tradition bei der Haushaltseinbringung entsprechend – eine Bilanz der Gemeindepolitik insgesamt zu ziehen.

Zunächst einige Anmerkungen zum Haushaltsentwurf

An erster Stelle gebührt Dir, lieber Frank, und Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großer Dank für die Zusammenstellung des immer komplizierter werdenden Zahlenwerks.

Der Haushaltsentwurf ist wie immer solide und wir können deshalb – das kann ich schon vorwegnehmen – zustimmen.

Es ist erfreulich, dass wir auch dieses Jahr unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern weder Leistungskürzungen noch die Erhöhung von Steuern und Gebühren abverlangen müssen. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir zwar für einen ausgeglichenen Haushalt keine Kredite benötigen, aber auf unser Ersparnis zugreifen müssen. In Krisenzeiten wie einer Pandemie ist dies in Ordnung, auch dafür sind Rücklagen da. Aber danach müssen wir wieder dazu zurückkehren, dass sie allenfalls für Zukunftsinvestitionen verwendet werden dürfen.

Noch bei den Vorberatungen des Haushalts am 19.02.2022 war ich zuversichtlich, dass uns dies 2024 wieder gelingen wird, falls die Pandemie keine Überraschungen mehr für uns bereithält.

Was allerdings nur fünf Tage danach geschah, konnte kein Mensch voraussehen: Der russische Präsident hat mit seinen Truppen die Ukraine überfallen. Wir müssen deshalb auch in Deutschland mit wirtschaftlichen Problemen rechnen. Dies wird auch Steuermindereinnahmen zur Folge haben. Die bei den Haushaltsberatungen noch überzeugende Prognose unseres Kämmerers, wir würden 2024 wieder ein Plus erwirtschaften, müssen wir heute mit einem Fragezeichen versehen.

Wir werden daher anders als erwartet vermutlich schon dieses Jahr noch für den Haushalt 2023 über unpopuläre Maßnahmen nachdenken müssen. Dazu gehören zum einen Ausgabenbegrenzungen. Förderprogramme müssen überprüft, manch Wünschenswertes

verschoben werden. Angesichts unseres überschaubaren Budgets für freiwillige Leistungen wird dies nicht ausreichen. Wir werden auch die Personalausgaben in den Blick nehmen müssen. Die erheblichen Steigerungen in den letzten Jahren und in diesem Haushalt waren zwar überwiegend der vorgeschriebenen – und freilich auch notwendigen – Ausstattung der Kindergärten geschuldet, aber nicht nur. Ein Personalaufbau in der Verwaltung in anderen Bereichen wird nicht mehr möglich sein. Auch Einnahmeverbesserungen, wie Gebühren- und Abgabenerhöhungen euphemistisch genannt werden, dürften kein Tabu mehr sein.

Eingangs habe ich von einer Bilanz der aktuellen Gemeindepolitik gesprochen. Schauen wir uns zuerst die SOLL-Seite an.

Es gibt einige Bereiche, in denen wir uns gewünscht hätten, wir wären schon weiter.

An erster Stelle ist hier der Hochwasserschutz zu nennen. Bis auf ein paar Kleinigkeiten passiert hier 2022 nichts. Dabei ist das für Keltern ein drängendes Problem, an dem man übrigens gut ablesen kann, was unterlassener Klimaschutz kostet.

Wir vermissen auch nach wie vor ein Nutzungskonzept für die gemeindlichen Veranstaltungsgebäude. Wir geben – zu Recht – viel Geld aus für die Alte Kelter in Dietlingen. Endlich kommt der Aufzug für den Rathaussaal Dietlingen. Die Winzerhalle in Ellmendingen kommt jetzt dahin, wo sie hingehört: in gemeindliche Hand. Auch sie wird noch einiges Geld verschlingen. Aber wie wollen wir die Nutzung der Gebäude für die Einwohnerinnen und Einwohner künftig intensivieren? Darüber müssen wir uns schleunigst Gedanken machen!

Nicht zufrieden sind wir auch mit dem Thema Bauen. Leider gibt die Rechtslage auch mit dem neuen Baulandmobilisierungsgesetz uns in Keltern keine Handhabe, um die Innenentwicklung durch Baugebote oder dem zusätzlichen Vorkaufsrecht voranzutreiben. Auch wenn wir unser Augenmerk verstärkt auf Baulücken im Innenbereich legen und im Haushalt Geld für ein Leerstandskataster einstellen, wird dies die Nachfrage nach Wohnraum nicht befriedigen können. Neue Baugebiete sind daher unumgänglich, auch wenn wir weiteren Flächenfraß gerne vermieden hätten.

Gerne hätten wir diesen teilweise ein anderes Gesicht gegeben, wie sie jetzt wohl kommen werden. Kleinere Grundstücke und mehr bezahlbaren Wohnraum. Es ist doch ein Unding, dass sich Menschen im unteren Einkommensbereich häufig keine Wohnung mehr leisten können. Mit rein marktwirtschaftlichen Mechanismen lässt sich dieser Mangel nicht beheben. Mehr privater Wohnungsbau führt eben nicht zu günstigeren Wohnungen. Wir hätten uns daher einen ausgewogenen Mix zwischen klassischer Wohnbebauung und innovativen, kreativen und klimaneutralen Wohnformen gewünscht. Mit den herkömmlichen Erschließungsverfahren ist dies jedoch leider nicht möglich.

Wir werden dafür eintreten, dass das jedenfalls auf den gemeindeeigenen Grundstücken in der Hauptstraße in Weiler verwirklicht wird. Deshalb sind wir froh, dass die Verwaltung hier ein entsprechend erfahrenen Projektentwickler einzuschalten plant. Auch wenn wir gehofft hatten, dass dies früher geschieht, insbesondere bevor wir über Art und Umfang der Neubaugebiete in Weiler entscheiden.

Wir hätten uns auch gewünscht, dass wir schon eine Stellplatzsatzung hätten, nachdem das Verkehrskonzept noch auf sich warten lässt. Das geltende Baurecht, das 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit fordert, geht längst an der Realität vorbei. Und dann erkennt das Landratsamt auch noch sogenannte gefangene Stellplätze an, wo doch jedem klar ist, dass eines der Autos dann meist auf der Straße steht.

A propos Landratsamt: Wenn wir wirklich unsere Planungshoheit wahrnehmen wollen, müssen wir auch planen! Sonst regiert uns das Landratsamt immer mehr hinein, wenn dort das von uns verweigerte Einvernehmen bei der Bebauung des unbeplanten Bereichs ersetzt wird. Wir unterstützen den Vorschlag, der jetzt auch wieder von der FWG gemacht wurde, nach und nach das gesamte Gemeindegebiet zu überplanen. Allerdings dürfen wir uns da keiner Illusion hingeben: Das wird ein Mammutprojekt. Wir sollten daher ernsthaft prüfen, ob es sich lohnt, vorläufig Gestaltungsrichtlinien für die Anwendung des § 34 BauGB, der die Bebauung von innerörtlichen Gebieten regelt, für die kein Bebauungsplan besteht, zu erarbeiten. Zwar wird sich das Landratsamt und auch ein Verwaltungsgericht herzlich wenig dafür interessieren, aber wir würden uns damit selbst Regeln an die Hand geben für eine einfachere und gleichmäßigere Handhabung entsprechender Baugesuche, die auch für die Antragsteller transparenter wäre.

Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen, aber man muss auch anerkennen, dass wir nun im dritten Jahr der Pandemie angekommen sind. Seit März 2020 bindet sie einen gehörigen Teil der Verwaltung und erschwert so manches. Und nun kommt mit den vielen aus der Ukraine geflüchteten Menschen eine weitere Herausforderung auf sie zu. An dieser Stelle danke ich deshalb auch all jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die in dieser Zeit mit überobligatorischem Engagement dazu beitragen, dass die Krisen bewältigt werden und die Räder im Rathaus trotzdem nicht stillstehen.

Das führt mich zu unserer HABEN-Seite,

denn trotz Pandemie und Flüchtlingswelle geht auch einiges voran, wie man im Haushaltsentwurf erkennen kann. Beispielhaft genannt seien hier nur einige der auch uns wichtigen Projekte, wie der Spatenstich für das neue Feuerwehrhaus, die langfristige Kindergartenbedarfsplanung, ein neuer Bauwagen für den Waldkindergarten, die Untersuchung zur künftigen ärztlichen Versorgung, der Friedwald, die Kommunikationsberatung (auch wenn sie nach unseren Vorstellungen noch ausbaufähig ist, insbesondere in Richtung Bürgerbeteiligung), das Spielplatzkonzept und das diesjährige Schwerpunktthema „Verkehrskonzept“, über dessen Erarbeitung wir ja schon bald beraten werden.

Wir meinen, das kann sich unter den gegenwärtigen Bedingungen sehen lassen!
Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, Versäumnisse schönzureden. Nein, hier werden wir weiterhin bei unseren Anliegen Druck machen. Und wir werden sie und die anderen Projekte auch künftig kritisch begleiten. Aber zu einer seriösen Bilanz gehören eben auch die Aktivposten!

Zum Schluss möchte ich noch einen Aktivposten besonders erwähnen, der in keinem Haushalt auftaucht und unbezahlbar ist. Es sind diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die das Gemeinwohl in Keltern durch konstruktives Engagement auf vielfältige Weise bereichern. Ihnen gebührt unser besonderer Dank.

SPD Fraktion

Susanne Nittel, Kerstin Wössner, Benjamin Hauck und Oliver Weik